

der ruhr-student

BOCHUMER, DORTMUNDER UND ESSENER STUDENTENZEITUNG

UNIVERSITÄTSARCHIV BOCHUM

Kleine Sammlungen

K 2



Sonderheft

Grundsteinlegung

Universität Dortmund

Ein geistiges Fundament

Ein
Grußwort
von
Nordrhein-
Westfalens
Ministerpräsident
Dr. Meyers



Die feierliche Grundsteinlegung für die Universität Dortmund am 26. Mai 1966 stellt den für jedermann sichtbaren ersten und darum besonders bedeutungsvollen Schritt in der Verwirklichung des Beschlusses der Landesregierung vom 12. Juni 1962 dar, in Dortmund eine Technische Hochschule zu gründen. Damit beginnt nicht nur die Durchführung eines jahrzehntealten Planes zur Errichtung einer Wissenschaftlichen Hochschule in Dortmund, auch für den Gründungsausschuß der Universität unter der verdienstvollen Leitung von Herrn Professor Dr. Schmeißer wie für die Landesregierung selbst bedeutet dieser Tag einen Meilenstein auf dem Wege zur Schaffung dieser neuen Universität im Herzen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

Landesregierung und Gründungsausschuß haben sich während der Planungs- und Vorbereitungszeit nach eingehenden Überlegungen darauf geeinigt, dieser Hochschule den Charakter einer Universität zu geben, einer Universität freilich, die in Struktur und Aufbau das gewandelte Bild einer modernen Heimstätte für Forschung und Lehre bieten und damit den Notwendigkeiten der äußeren und inneren Hochschulreform gerecht werden sollte. In diesem Beschluß wird zugleich das Bemühen der Landesregierung erkennbar, das geistige Fundament der gesellschaftlichen Entwicklung an Rhein und Ruhr auszubauen und zu erweitern.

Es ist mein und der Landesregierung aufrichtiger Wunsch, daß der Bau der Universität so beschleunigt werden möge, daß der Lehrbetrieb in Dortmund in absehbarer Zeit aufgenommen werden kann. Das wird nicht nur zu einer Entlastung der bestehenden Hochschulen führen, sondern zugleich auch die Bereitschaft der Landesregierung dokumentieren, alles zu tun, um für die Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens an den Deutschen Hochschulen in den 70er Jahren gerüstet zu sein.

Dieser großen bildungspolitischen Aufgabe gilt in Dortmund wie überall im Land das ständige Bemühen der Landesregierung.

Düsseldorf, im Mai 1966

Meyers

Der systematische Aufbau ist sichergestellt

Ein
Grußwort
des
Gründungsrektors
Prof. Dr. M. Schmeißer



Wie sich aus den „Empfehlungen“ ergibt, war der Gründungsausschuß von Beginn seiner Arbeit an bestrebt, eine möglichst frühzeitige Aufnahme des Unterrichts in Dortmund zu ermöglichen, dabei aber die Gefahr zu vermeiden, daß die endgültige Planung unter Zeitdruck geriet und damit in ihrer Gründlichkeit beeinträchtigt würde. Auf der anderen Seite sollte die Errichtung von kostspieligen Provisorien nach Möglichkeit ausgeschlossen werden. Es kam also darauf an, für den Unterrichtsbeginn Gebäude zu errichten, die eine sinnvolle Verwendung auch dann haben würden, wenn die Hochschule selbst voll in Betrieb gekommen sein wird.

Darüber hinaus spielte der Umstand eine Rolle, daß es neben der Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten für die Lehrstühle der Universität Einrichtungen geben müsse, die der Entwicklung neuer Gebiete dienen könnten, zumal es bei der schnellen Entwicklung vor allem im Bereich der Ingenieurwissenschaften schwer möglich sein dürfte, im Zeitpunkt der Gründung der Hochschule den bei ihrer baulichen Fertigstellung gegebenen Bedarf in vollem Umfang vorzusehen.

Um neue Entwicklungen rechtzeitig in der Arbeit der Universität aufgreifen zu können, sollten „Verfügungsräume“ zur Durchführung von Forschungsaufgaben geschaffen werden, die sich aus der mehr und mehr notwendig werdenden Zusammenarbeit der verschiedenen Fachgebiete ergeben und die deshalb bei der Aufstellung des Raumprogramms nicht von vornherein mit vorgesehen werden könnten. Beispiele für solche „Verfügungszentren“ gibt es bei einer Reihe ausländi-

scher Hochschulen, so z. B. in Schweden, in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten. Beide Bedürfnisse, das nach einem möglichst frühzeitigen Beginn und das nach einem Gebäude mit verfügbaren Forschungsräumen, führten zu dem Vorschlag, den Aufbau der Universität mit einem in seiner Verwendbarkeit flexiblen Gebäude zu beginnen. Es sollte an der Peripherie des Universitätsgeländes gelegen sein, also an einem Platz, dessen frühzeitige Bebauung sich nicht hinderlich für die spätere Gesamtplanung auswirken würde. Dieses Aufbau- und Verfügungszentrum soll in den ersten Jahren bevorzugt die Funktion eines „Aufbauzentrums“ erfüllen, d. h. den in Verfolg des Lehrstuhlplans zu Berufenden als erste Wirkungsstätte dienen, solange deren endgültige Bauten nicht errichtet sind. Mit Fortschreiten des Aufbaus der Universität gemäß der Generalplanung käme mehr und mehr die Funktion des „Verfügungszentrums“ zum Tragen, d. h. die Möglichkeit der Installation übergreifender Institute oder — wenn in späteren Stadien erforderlich — der Unterbringung neu entstehender, zur Zeit noch nicht voraussehbarer Wissenschaftsgebiete.

Mit der Errichtung eines derartigen Aufbau- und Verfügungszentrums außerhalb des eigentlichen Planungsbereichs für die Universität wird ein systematischer Aufbau sichergestellt, wodurch Zeit für eine sorgfältige Gesamtplanung der Universität und der endgültigen Bauten gewonnen wird, ohne daß auf den im öffentlichen Interesse liegenden möglichst frühzeitigen Beginn der Lehr- und Forschungstätigkeit an der neuen Hochschule verzichtet zu werden braucht.

Mit der Grundsteinlegung zum Aufbau- und Verfügungszentrum am 26. 5. 66 zeigt die Landesregierung zur Genugtuung des Gründungsausschusses vor aller Öffentlichkeit, daß sie es als ihre Aufgabe ansieht, die grundsätzlich genehmigten „Empfehlungen“ nunmehr in Dortmund zu verwirklichen.

Es ist klar, daß die erste Besetzung des Aufbau- und Verfügungszentrums in enger Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität Bochum gewählt wird. Diese Zusammenarbeit erfolgt zwingend aus dem Gebot rationaler Verwendung der vorhandenen Etatmittel einerseits und der gegenseitigen fachlichen Ergänzung der beiden zwar benachbarten, aber dennoch strukturell verschiedenen Hochschulen des Reviers andererseits. Der Gründungsausschuß ist sich bewußt, daß der Tag der Grundsteinlegung einen neuen Abschnitt im Aufbau der Universität Dortmund einleitet; er gibt hierzu seine besten Wünsche mit auf den Weg.

Der Aufforderung, als Vorsitzender des beratenden Gründungsausschusses für die Universität Dortmund ein Grußwort für die vorliegende Ausgabe des „ruhr-student“ zu schreiben, komme ich gern nach:

In dem am 26. 4. 65 abgeschlossenen 1. Teil der „Empfehlungen zum Aufbau einer Universität in Dortmund“ sind dem Kultusminister Vorschläge für die in der neuen Universität vorzusehenden Fachgebiete, Lehrstühle, Institute und zentralen Einrichtungen unterbreitet worden. Ein ganz wesentlicher Teil der „Empfehlungen“ war dem Aufbau- und Verfügungszentrum gewidmet. Diese Teilempfehlung war dem Kultusministerium bereits am 23. 11. 64 als besondere Empfehlung vorgelegt und von der Landesregierung unmittelbar danach im Prinzip genehmigt worden.

Glückauf! Technische Universität!

**Grußwort
des
Dortmunder
Oberbürgermeisters
D. Keuning**

Am 26. Mai 1966 soll der Grundstein für das Aufbau- und Verfügungszentrum der Technischen Universität Dortmund gelegt werden. Im Herbst vergangenen Jahres war vor der Bundestagswahl dieser Akt schon einmal geplant. Nunmehr soll sechs Wochen vor der Landtagswahl durch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Ernst gemacht werden.

Die Stadt Dortmund, ihre Bürger und ihre Wirtschaft begrüßen diese Stunde und sind der festen Überzeugung, daß von der zukünftigen Technischen Universität im Ruhrgebiet in Dortmund ein Strahlungsfeld ausgehen wird, das nicht nur die Stadt, sondern auch weite Räume der Bundesrepublik und vor allem des Landes Nordrhein-Westfalen in geistiger und wirtschaftlicher Hinsicht beeinflussen wird. Noch nie sind die Beziehungen zwischen Forschung und Lehre einerseits und Arbeit und wirtschaftlicher Lebensformung andererseits fester miteinander verknüpft gewesen als in unserem technischen Jahrhundert.

Dortmund hat ein Jahrtausend durchlebt, glanzvolle und drangvolle Jahre, ist häufig untergegangen und ebenso häufig wiedererstanden. Es ist ein Geschichtszug unablässiger Wandlungen, der sich bis auf den heutigen Tag fortsetzt und vielleicht niemals abgeschlossen wird. Die Wanderungen durch historische und schließlich hochindustrielle Schicksale und die Wandlungen aus einer statischen zur dynamischen Stadt sind in einem reichen Schrifttum nachlesbar. Wenn Dortmund nun dem Aufbau der ersten Technischen Universität Westfalens mit Genugtuung entgegensieht, nachdem der Ruf nach



einer derartigen Gründung seit ersten Anfängen im Mittelalter und in der Neuzeit im Verlauf von mehr als acht Jahrzehnten nicht verstummt war, hat sich der Gegenstand des Wunsches, die alte „alma mater“ doch erheblich in seiner Struktur gewandelt. Diese umfassende Wandlung, die sich in vielen hochschulreformerischen Bemühungen ausdrückt, deren Zeuge wir sind, soll auch das äußere und innere Bild der Technischen Universität bestimmen. Es soll nach dem Willen des Gründungsausschusses eine wirklich neue Hochschule werden. Möge sie vor allem nicht im starren Korsett der bisherigen wissenschaftlichen und ideologischen Traditionen stecken bleiben, sondern vor allem einmal neue Arbeitsformen wissenschaftlichen Forschens, Lehrens und Lernens schaffen.

In dieser Stunde, in der der Ministerpräsident des Landes im Revier von Arbeitern mit schwarzen Trauerfahnen begrüßt wird, in dieser Stunde, in der die Bergbau- und Stahlkrise an der Ruhr einem Höhepunkt zustrebt, in dieser Stunde, in der auch die Landeskasse Ebbe aufweist — in dieser Geburtsstunde des Gründungsaktes mischt sich in Dortmund die leise Wehmut, daß dieses neue Universitätskind nicht ein Zwergkind bleiben möge. Mit banger Sorge verfolgten wir bisher, wie die ursprünglichen Geländeareale auf die Hälfte reduziert wurden und dieser Rest auch noch nicht einmal ganz erworben worden ist. Mit banger Sorge erfüllt uns, daß die Haushaltspläne des Landes bisher nur Leertitel oder unzureichende Aufbaumittel enthalten. Die Bürger Dortmunds, ihre Verwaltung und ihre Wirtschaft wissen, daß

Hochschulgründungen immer — früher weniger, heute mehr — von Geburtswehen begleitet sind. Die Stadt und auch die Förderer des Hochschulgedankens wissen, daß solche Gründungen früher fürstlicher Huld und landesherrlichem Zweckdenken ihr Dasein verdankten. Selbst die erste Neugründung nach dem Kriege in der Bundesrepublik — Saarbrücken gehörte damals noch nicht dazu — verdankte die Initialzündung aus politischen Gründen der französischen Besatzungsmacht. Spät — hoffentlich nicht zu spät — erkannten auch die föderalistischen Bundesländer, denen nach dem Grundgesetz die Kulturhoheit zusteht, ihre Hochschulaufgaben. Trotzdem hat Dortmund die Hoffnung, daß die Technische Universität an der Ruhr aus dem Streit der politischen Auseinandersetzung herausbleiben möge, selbst wenn auch ihre Geburtsstunde so kurz vor den Landtagswahltermin in Nordrhein-Westfalen gelegt wurde. Die Erörterungen über die Standortwahl in den vergangenen Jahren illustrieren in dieser Hinsicht nur gehabte Erfahrungen.

Die Bürger und ihre Stadt haben sich seit achtzig Jahren in jeweils wechselnder politischer Zusammensetzung nicht aus wahlpolitischen Erwägungen um den Standort einer Hochschule bemüht, sondern aus der Erkenntnis, daß auch die arbeitende Bevölkerung an der Ruhr in ihren Stadtsiedlungen Anspruch auf die Verbreiterung ihres geistigen Unterbaues hat, Anspruch darauf, an den Bildungsgütern der Nation verkehrsnah teilzunehmen. Eine Vertiefung der Kulturarbeit in unserer Industriestadt erwarten die Bürger als Morgengabe der neuen Technischen Universität. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß Dortmunds Bürger bereit waren und noch immer bereit sind, einer solchen Neugründung mit Vor- und Nachleistungen zu helfen. Sie tun es im Bewußtsein, daß im Konzert der Kräfte, die in einer Stadt wirksam sind und wirksam bleiben, eine Hochschule die Harmonie und das Moment des Neuen verkörpert. Besonders Industriestädte stagnieren leicht im gewohnten Alltag. Eine Universität aber trägt den Wettkampf des Geistes in den Alltag hinein, besonders an einer so neuen und ausgesprochenen „Arbeitsuniversität“, wie sie für das Land an der Ruhr und für Westfalen laut dem Willen des Gründungsausschusses in Dortmund erstehen soll. Das ständige Um- und Weiterdenken verleiht der an und für sich schon vorwärtstrebenden Gegenwart der Stadt Dortmund zugleich noch mehr Künftiges!

Glückauf!

Keuning, Oberbürgermeister

Große Aufgaben

Knappe Mittel

Hochschulplanung in Nordrhein-Westfalen



Bei der Hochschul- und Wissenschaftsplanung ist von zwei wichtigen Prämissen auszugehen:

1. Die Zahl der Studenten wird ab 1970/71 nach allen heute vorliegenden Berechnungen weit über den heutigen Stand hinaus ansteigen, und sie wird ab 1975/76 eine weitere erhebliche Steigerung erfahren. Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß heute bereits etwa 50 000 Studenten mehr an den Hochschulen der Bundesrepublik immatrikuliert sind, als diese Hochschulen ihrer Kapazität nach eigentlich aufnehmen können, d. h.: wenn wir die heutige Situation als Normalsituation bezeichnen würden (— sicherlich eine höchst optimistische Bezeichnung —), so bedeutet das, daß diese „Normalsituation“ spätestens in den Jahren 1970/71 nicht mehr gegeben ist.
2. Die Kosten für Wissenschaft und Hochschulen werden sowohl dem Umfang der Hochschule nach als auch den Ansprüchen der wissenschaftlichen Ausstattung nach ständig steigen — die dafür verfügbaren Finanzmittel werden dagegen **verhältnismäßig** knapper werden, ein Vorgang, der der deutschen Öffentlichkeit spätestens seit dem Jahre 1965 deutlich vor Augen steht.

Welche Folgerungen sind aus diesen beiden Prämissen zu ziehen? Unsere deutschen Hochschulen können für die nächsten fünf bis sechs Jahre mit einer Zeitspanne rechnen, die man gleichsam als „ruhige Zeit“ bzw. als „Ruhepause“ bezeichnen könnte; denn sie werden für diesen Zeitraum mit gleichbleibenden oder doch nur geringfügig nach oben oder unten schwankenden Studentenzahlen zu rechnen haben. Was in diesen Jahren planungsmäßig nicht zur Reform der Hoch-

schule und zur Erweiterung des Forschungssystems getan wird, hat nach dieser Zeit nur noch relativ geringe Chancen auf Verwirklichung; denn ab 1972 werden die steigenden Ausbildungsanforderungen im wesentlichen zwangsläufig auf Erweiterung der Ausbildungskapazität drängen. Ziel aller Hochschul- und Forschungspläne muß es sein, diese abzusehenden Ansprüche dann in hinreichendem Ausmaß und auch in neuen Formen zu befriedigen. Da neue Hochschulen mindestens 7 bis 8 Jahre zur Entwicklung ihrer Grundlagen brauchen, sind also heute die Planungen für die steigende Ausbildungswelle zu treffen.

Die Hochschulneugründungen des Landes Nordrhein-Westfalen Bochum, Dortmund, Ostwestfalen, aber auch die Erweiterung der Hochschulen in Düsseldorf und Aachen, müssen als **ein** großer zusammenhängender Entwicklungsplan gesehen werden mit dem Ziel, daß die einzelnen Projekte bis spätestens 1972 in ihren Grundlagen, Grundeinrichtungen sowie mit ihrem wissenschaftlichen und technischen Stammpersonal stehen. Nur so werden sie inzwischen der „Erweiterungsphase“ von 1972 bis 1980 gewachsen sein. Das bedeutet einmal die Absage an die Vorstellung, die einzelnen Hochschulen seien in zeitlich nacheinander liegender Folge zu errichten, zum anderen aber auch die Absage an einen gleichzeitigen perfektionistischen Vollaufbau aller Hochschulneugründungen. Bei einer sinnvollen Schwergewichtsverteilung in den einzelnen Jahren soll bis 1972 mindestens der Aufbau der Grundeinrichtungen (Aufbau- und Verfügungszentren) bei allen neuen geplanten Hochschulen abgeschlossen sein. Es wäre völlig unreal, bis 1972 den vollen Ausbau der Hochschulneugründungen als Ziel anzustreben (mag das auch technisch durchaus möglich sein). Selbstverständlich nimmt der Aufbau der Universität Bochum insofern eine

Von
Kultusminister
Prof. Dr. Paul Mikat

Große Aufgaben

Knappe Mittel

Fortsetzung

Koordinationsproblem hingewiesen: die Koordination der räumlich so nahe beieinanderliegenden Universitäten Bochum und Dortmund). Diese Aufgabe kann und soll nicht gegen oder ohne unsere Universitäten im Wege staatlichen Zwanges, sondern gemeinsam mit unseren Universitäten, ja wesentlich durch unsere Universitäten selbst gelöst werden. Es geht nicht um Beseitigung der Autonomie der Hochschulen, sondern um den Abbau der isolierten Autonomie, die die wahre Autonomie der Wissenschaft gefährdet. Aus diesem Grunde werden die Hochschulen unseres Landes zu einer gemeinsamen verbindlichen Schwerpunktplanung für das nächste Jahrzehnt aufgefordert, und an diese Planung müssen sich dann sowohl die Fakultäten bei ihren Berufungsvorschlägen wie auch die Regierung bei der Vergabe von Mitteln, von Einrichtungen und Lehrstühlen halten. Das bedeutet für unsere Universitäten unter Umständen natürlich auch Verzicht auf bestimmte Lehrstühle und Institute. Man wird auch erwägen müssen, ob es möglich ist, in Nordrhein-Westfalen entweder alle Hochschulen des Landes, oder die rheinischen einerseits (Aachen, Bonn, Düsseldorf, Köln) sowie die westfälischen andererseits (Bochum, Dortmund, Münster, Ostwestfalen) zu einer gemeinsamen Schwerpunktplanung und Verbundforschung in bestimmten Disziplinen zu koordinieren. Die Einigung müßte dann den Zusammenkünften der gleichen Studienbereiche, Fakultäten und schließlich Universitäten überlassen bleiben, der Staat sollte darauf verzichten, von sich aus eine solche Einigung zu dekretieren, er soll sie aber möglich machen und fördern.

Desgleichen ist der Aufbau gemeinsamer Forschungsapparaturen für mehrere Hochschulen ein dringendes Erfordernis der finanziellen Notwendigkeiten und der verfügbaren Forschungskapazitäten. Es ist bekannt, daß sich im Ausland, so z. B. in den Vereinigten

Staaten von Amerika, oft mehrere Universitäten (mitunter 20 bis 40!) zur gemeinsamen Benutzung von hochleistungsfähigen Rechenapparaturen zusammenschließen; in Deutschland hingegen herrscht immer noch die Tendenz vor, jede Hochschule mit einer eigenen, kostspieligen Anlage auszustatten, unabhängig von der Frage, ob die möglichen und geforderten Speicherkapazitäten dann überhaupt erreicht werden können. Bei einer zentralen Hochleistungsapparatur (— verbunden durch Fernschreiber, eigenen Programmierer —) wären die gespeicherten Daten verschiedener Forschungsinstitute eine wertvolle Hilfe für alle Forschungsinstitutionen, die einem solchen Verbund angeschlossen sind. Ähnliche Überlegungen — die an dieser Stelle nicht vertieft werden können — sind auch im Hinblick auf die Schaffung eines Verbundsystems im Bibliothekswesen anzustellen.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage, ob es gelingen wird, unser derzeitiges Berufungssystem im Hinblick auf die Schaffung und Erhaltung von Forschungsschwerpunkten und Forschungsprojekten zu korrigieren.

Gerade bei den medizinischen, naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen kann das Herausbrechen eines wissenschaftlich führenden Gelehrten Forschungsinvestitionen zuweilen in hohem Maße entwerfen. Das gilt auch für die Berufung von Privatdozenten, die häufig zu einer erheblichen Beeinträchtigung von hochfinanzierten Forschungsvorhaben führen kann. Damit soll nicht gesagt werden, der Staat solle ohne Rücksicht auf die persönlichen Interessenlagen mögliche Berufungen inhibieren. Aber es wäre schon viel gewonnen, wenn eine Vereinbarung der Länder untereinander erzielt würde, wonach in bestimmten Fällen Berufungen erst dann effektiv werden, wenn der betreffende Gelehrte die hochfinanzierten Forschungsvorhaben, die

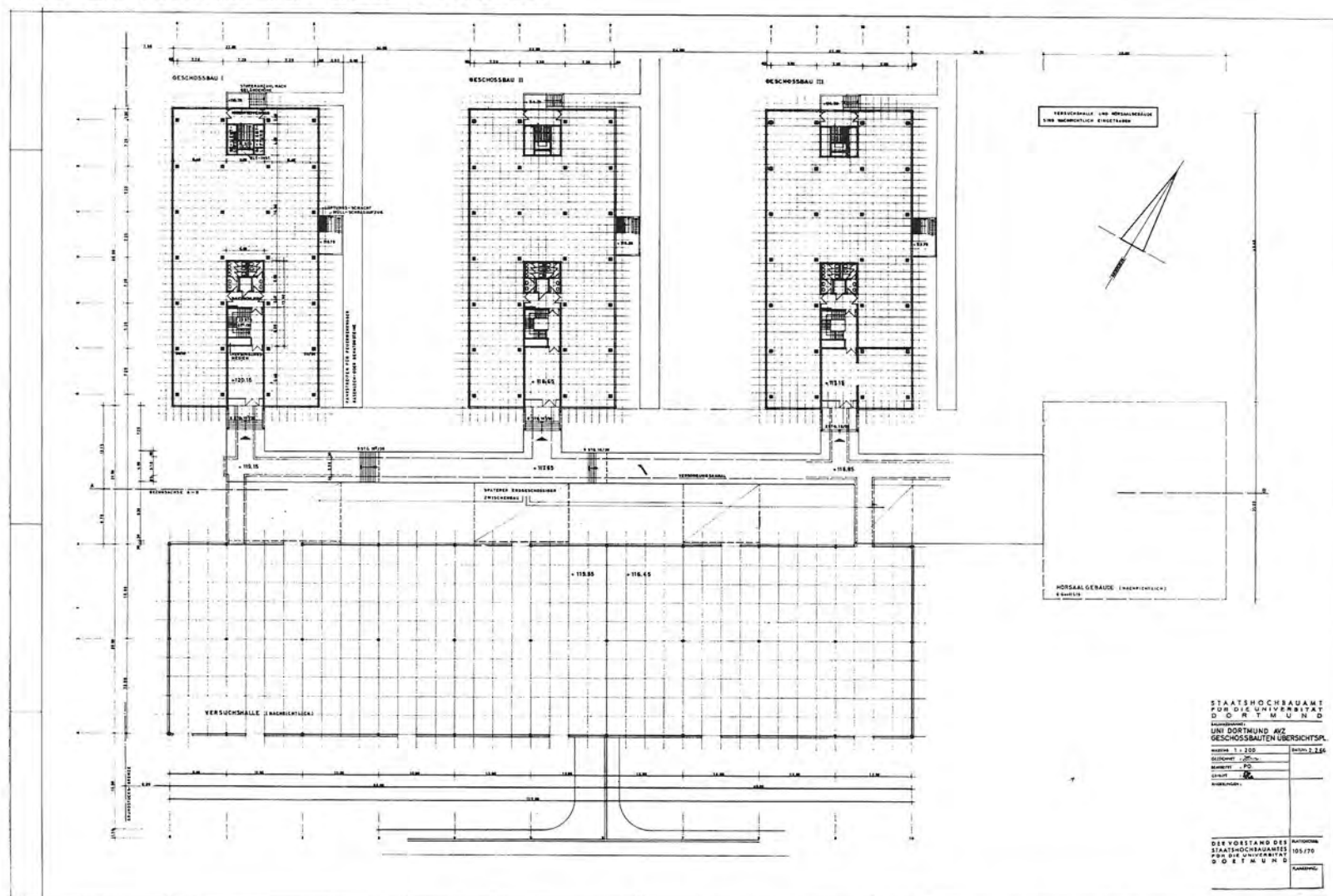
er an einer bestimmten Stelle durchführt, zu einem angemessenen Abschluß gebracht hat oder ihre angemessene Durchführung durch andere Personen zureichend gesichert ist.

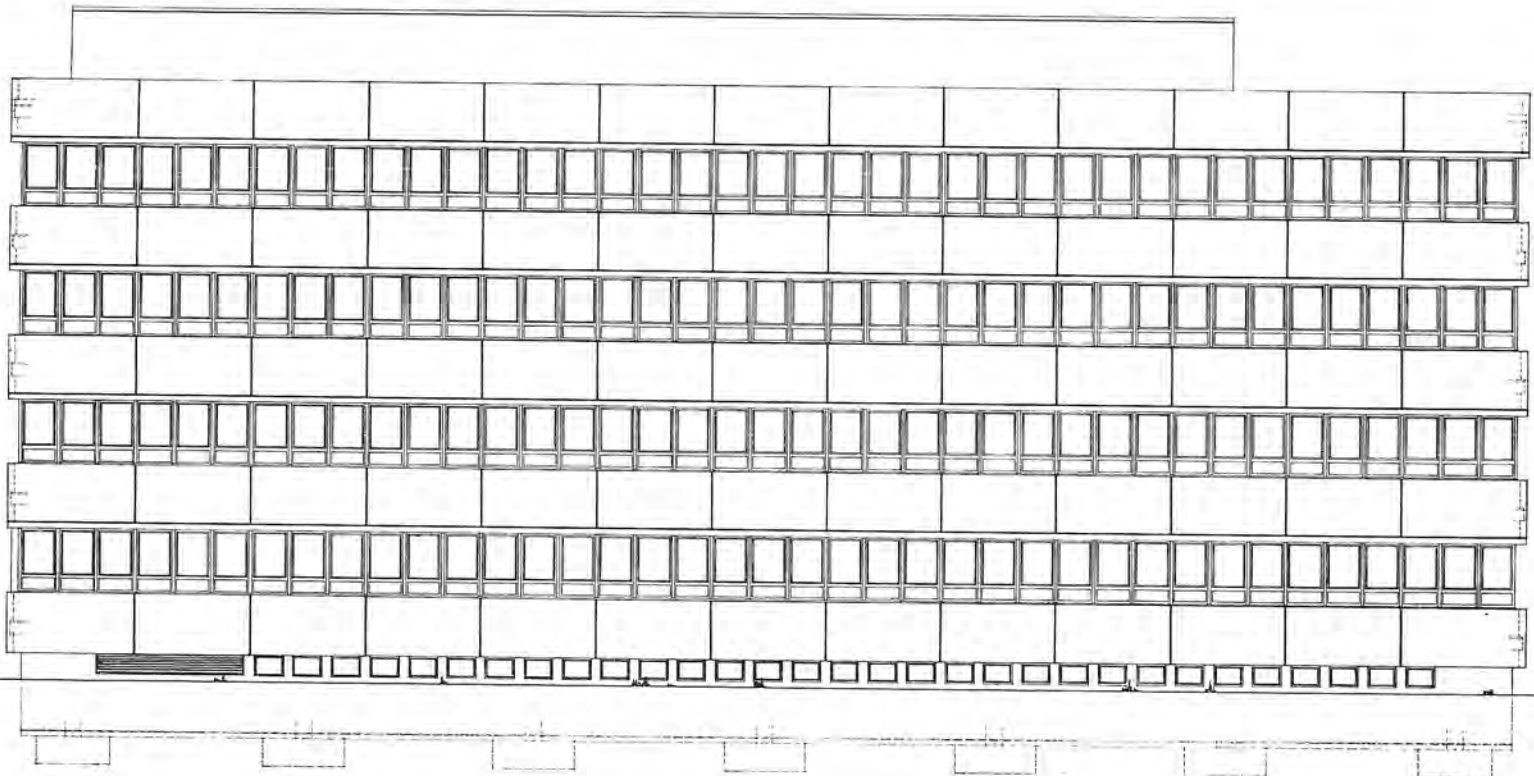
Die deutschen Länder haben in den vergangenen Jahren die von dem Wissenschaftsrat empfohlene Lehrstuhlvermehrung nicht nur durchgeführt, sie sind sogar über diese Empfehlungen hinausgegangen. So sehr das zu begrüßen ist, so sehr muß doch auch gesehen werden, daß mit der Lehrstuhlvermehrung vielfach die Errichtung von kleinen, auf die Person des Lehrstuhlinhabers zugeschnittenen Instituten verbunden war, wobei wiederum eine Koordination der verschiedenen Institute bis zur Stunde fehlt. Grundsätzlich sollte in Zukunft auch bei Neuberufungen die Gründung von „Ein-Mann-Instituten“ vermieden werden. Die bei der Berufung übliche Vergabe von Forschungs-, Bibliotheks-, Personal- und Verwaltungsmitteln muß in Zukunft stärker davon abhängig gemacht werden, daß sich Lehrstühle und Institute mit sich überschneidenden Forschungsgebieten zu einem größeren Forschungsinstitut mit gemeinsamer Bibliothek, gemeinsamer Verwaltung und gemeinsamer Leitung durch mehrere Ordinarien zusammenschließen.

Alle diese Einzelfragen berühren selbstverständlich nur Teilaspekte des großen Themas „Innerer und äußerer Ausbau des Hochschulwesens“. Das alles umfassende Ziel bleibt, das Niveau unserer Hochschulen zu erhalten und sie gleichzeitig in die Lage zu versetzen, den vergrößerten Anforderungen unserer Zeit zu entsprechen. Dieses Ziel wird in den nächsten Jahren unsere Kraft und unsere Aufmerksamkeit voll beanspruchen. Aber es ist ein Ziel, für das zu arbeiten sich lohnt.

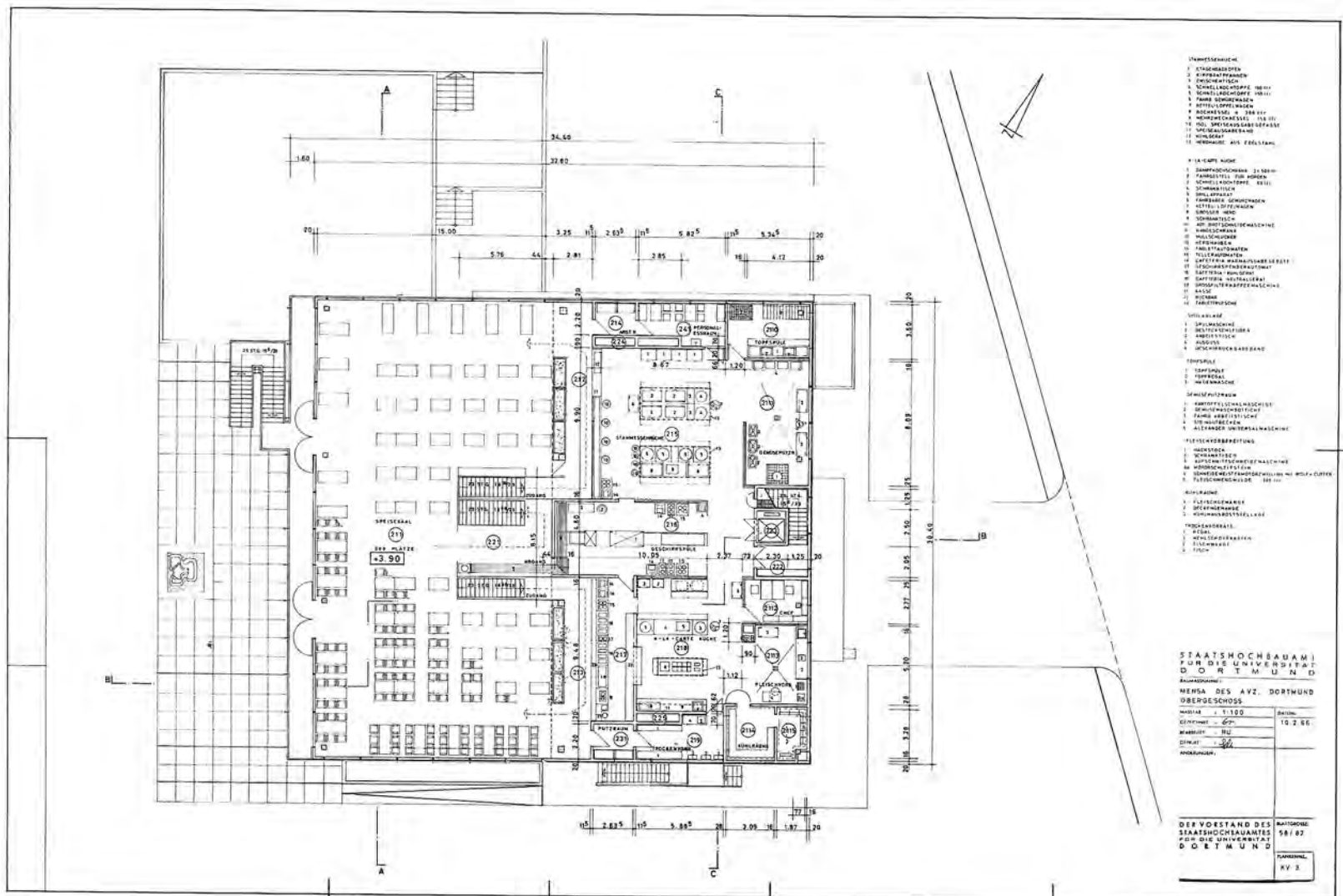


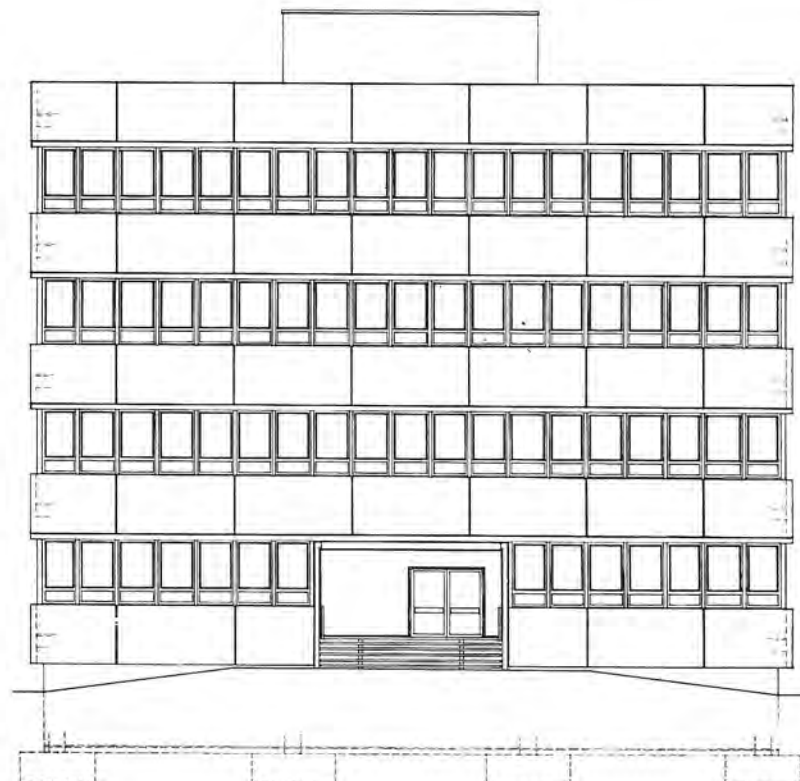
Eine Universität auf dem Reißbrett





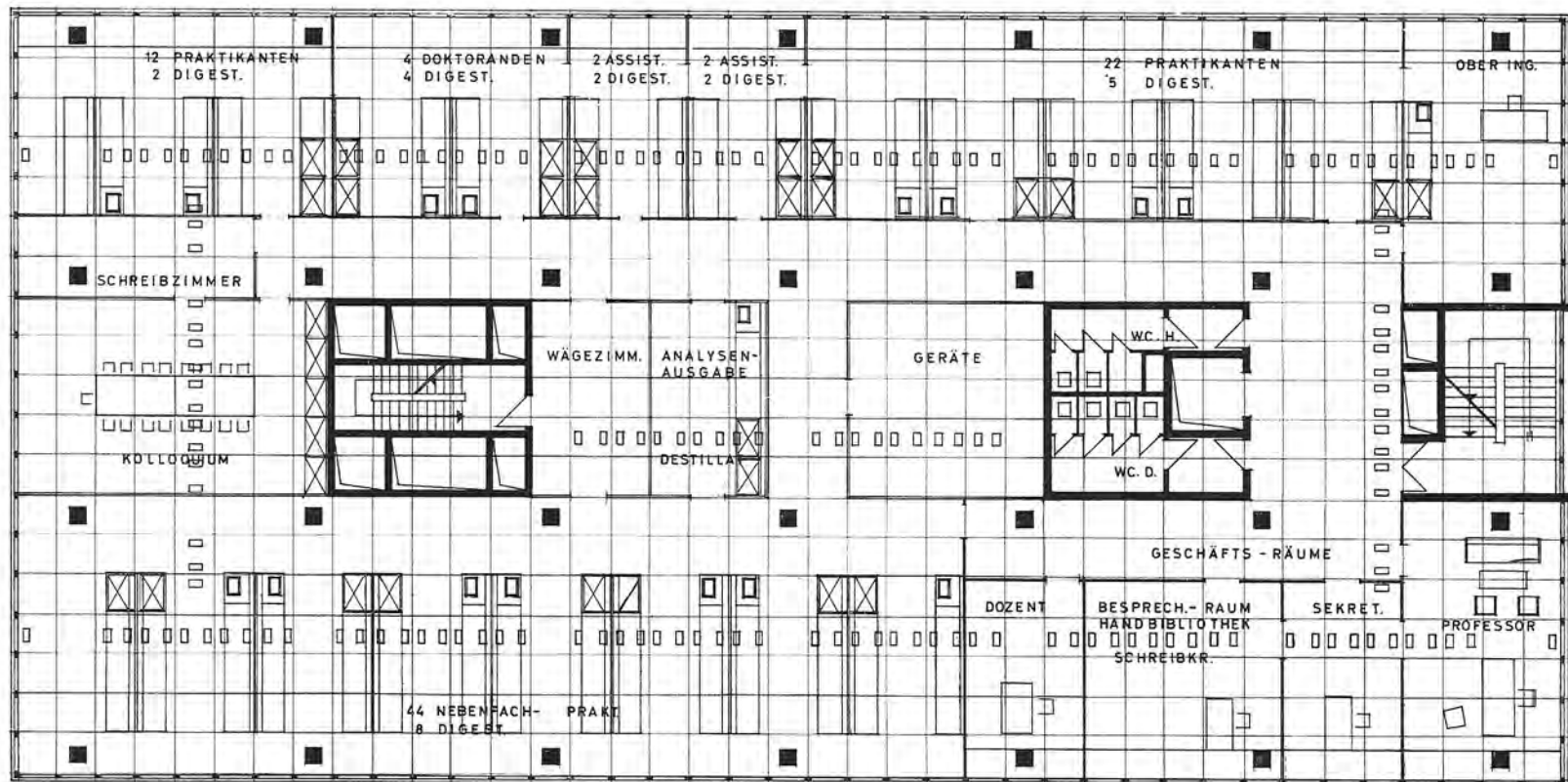
- 1 Längsansicht eines Geschoßbaues des Aufbau- und Verfügungszentrums (AVZ)
- 2 Mensa des AVZ — Obergeschoß
- 3 Querschnitt durch einen Geschoßbau des AVZ
- 4 Frontansicht eines Geschoßbaues des AVZ
- 5 Grundriß einer Ebene des AVZ
- 6 Hörsaalgebäude des AVZ — Erdgeschoß
- 7 Hörsaalgebäude des AVZ — Obergeschoß
- 8 Die vorläufige Bibliothek ist schon im Bau (Luftbild freigegeben Reg.-Präs. Dsdf. Nr. 19/33/3133)
- 9 Studentenwohnheim — Grundriß Obergeschoß



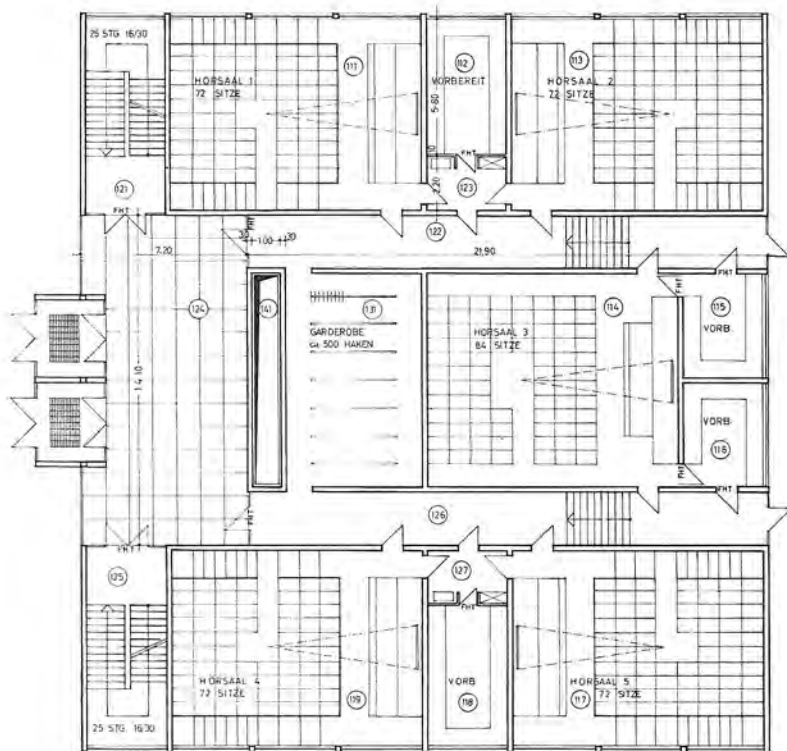


(3)

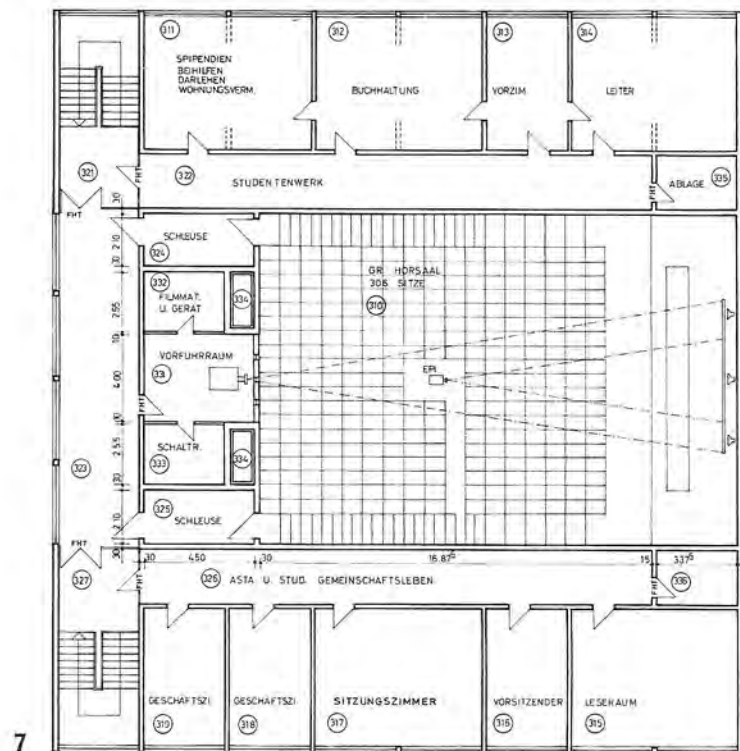
4



5.



6



7



8

9



Der Grundstein des Anstoßes

Von Hendrik Bussiek

Daß Universitäten ein Politikum sind, läßt sich nicht vermeiden. Daß eine Grundsteinlegung für eine neue Universität zu einem politisch heißen Eisen wird, ist nicht von vornherein einsichtig. Daß aber der feierliche Akt der Grundsteinlegung für die Universität Dortmund nicht nur feierlich, sondern auch hochpolitisch ist, erfuhr „der ruhr-student“ bei der Vorbereitung der vorliegenden Sondernummer.

Zunächst einmal durften wir gar nicht wissen, daß der feierliche Akt vorgesehen ist. So äußerte sich jedenfalls der Leiter der Pressestelle des Landes Nordrhein-Westfalen, Theo Fritzen („Wie sind Sie denn an den Termin gekommen?“).

Aber da wir es nun schon einmal aus dunklen Kanälen, nämlich offiziell von der Staatskanzlei, erfahren hatten, wurden wir zur strengen Geheimhaltung bis zum Hammerschlag durch den Ministerpräsidenten Dr. Meyers verpflichtet. „der ruhr-student“ wurde zum Geheimnisträger.

Doch — Geheimniskrämerei reizt nun einmal. Und schon kamen Gerüchte auf: Der ganze Akt sei „Mummenschanz“, sei Stimmenfang der Landesregierung, denn wir seien ja nicht umsonst in einem Wahljahr. Für den Landshaushalt des Jahres 1967 sei für die Universität Dortmund kaum noch Geld vorhanden, es sei nur noch ein Erinnerungsposten vor-

gesehen. Man entnehme das dem ersten Entwurf für den Etat. Doch gerade dieses Papier wollten die Vertreter der Stadt Dortmund, die diese Information verbreiteten, nicht zur Verfügung stellen: der Entwurf sei geheim.

Doch — Geheimniskrämerei reizt nun einmal. Was bedeutet ein erster Haushaltsplanentwurf politisch? Referenten, also Beamte, erstellen auf Grund der Erfahrungen des vergangenen Jahres und der Ansprüche der verschiedenen Geldempfänger eine Liste von Vorschlägen, die den Politikern zugeleitet wird. Sie betreiben also eine Art Flurbereinigung. Bei einem solchen ersten Entwurf hat noch kein einziger Politiker mitgeredet. Es muß aber beachtet werden, daß auch die Referenten die Stimme ihres Herrn — sprich: ihres Ministers — kennen und dementsprechend handeln. Ein gewisser politischer Wille ist also trotz allem erkennbar.

Die Stadt Dortmund vermutete also einen negativen politischen Willen der Landesregierung und verband damit den Vorwurf der wahlkämpferischen Unredlichkeit. Aus diesem Grunde wollte man auch an der Grundsteinlegung für die Universität nicht teilnehmen: Erinnerungsposten seien für eine Neugründung zu wenig. Daher wolle man auch den „Wahlkampftakt“ der Landesregierung nicht unterstützen.

Rückfragen bei dem sozialdemokratischen Kulturpolitiker und Landtagsabgeordneten Dr. Wuthe ergaben ein differenzierteres Bild: Es sehe so aus, als ob nur noch Mittel für den Bau des sog. Aufbau- und Verfügungszen-

trums vorgesehen, Planungsmittel aber nicht vorhanden seien. Das bedeute „eine Stagnation für drei bis vier Jahre auf 400—600 Studenten“.

Diese Auskunft wirft die Frage nach den Grundsätzen der baulichen Planung für die Universität Dortmund auf. Soll die zweite Universität im Ruhrgebiet in gleicher Weise „aus dem Boden gestampft“ werden wie die Bochumer Neugründung oder will man langsamer — und eventuell überlegter — vorgehen?

Bisher sind städtebauliche Untersuchungen vorgenommen worden. Man prüfte z. B. genau die bergbauliche Situation, d. h. man versuchte stillgelegte Flöze ausfindig zu machen, die der Stabilität der Bauten gefährlich werden könnten. Daneben unternahm man Vorplanungen für die verkehrstechnische Anknüpfung des Universitätsgeländes an die Stadt, denn man will von Anfang an für gute Verkehrsverhältnisse sorgen. Aber auch andere Untersuchungen — wie zum Beispiel des Klimas und der Topographie — wurden durchgeführt. Der Beobachter gewinnt den Eindruck, daß man die vielleicht allzu große Hast der Bochumer Architekten-Kollegen nicht

Fortsetzung

nachahmen will. Die angesprochenen Untersuchungen sollen Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

Gleichzeitig wurde der Bau des „Aufbau- und Verfügungszentrums“ geplant. Diese Einrichtung soll — wie es in den „Empfehlungen zum Aufbau einer Universität in Dortmund“ des Gründungsausschusses heißt — „in den ersten Jahren bevorzugt die Funktion eines ‚Aufbauzentrums‘ zu erfüllen haben, d. h. den in Verfolg des Lehrstuhlplans zu Berufenden als erste Wirkungsstätte dienen, solange deren endgültige Bauten nicht errichtet sind“. Für den Bau werden spätestens im Juni die ersten Aufträge im Werte von fünf bis sechs Millionen DM vergeben, der 1. Bauabschnitt soll Ende 1967 fertiggestellt sein.

Wie es aber nach Abschluß der Voruntersuchungen mit dem Bau der eigentlichen Universitätsbauten weitergehen soll, ist von zuständigen Stellen nicht so recht zu erfahren. Auch hier scheint mehr Material den Stempel „Vertraulich“ zu tragen als den Vermerk „Zur Veröffentlichung freigegeben“.

Es ist aber wahrscheinlich, daß auch für die architektonische Ausgestaltung der Universität Dortmund ein Wettbewerb ausgeschrieben wird. Dann gibt es zwei Möglichkeiten des Ausschreibungsmodus:

Man schreibt einen Wettbewerb für die gesamte architektonische Leitung des Hochschulbaus aus. So ist man in Bochum vorgegangen. Das beste Team gewinnt und baut die Universität — vielleicht abgesehen von einigen Details, die anderen Architekten übertragen werden. Das Ergebnis wird dann wahrscheinlich — wie bei der Ruhr-Universität — ein Bautenkomplex aus einem Guß sein, der — wie manche Kritiker meinen — in der Gefahr ist, steril zu wirken. Und schon heute beklagt man sich in Bochum über die mangelnde Atmosphäre.

Eine andere Möglichkeit — und die scheint man in Dortmund anzustreben — ist ein Wettbewerb zur Flächenplanung. Den interessierten Architekten wird die rein städtebauliche Aufgabe gestellt, einen Plan für die Aufgliederung des Geländes zu erstellen. Sie müssen also Straßenzüge entwerfen und die Plätze der Bauten für die einzelnen Disziplinen bestimmen. Anschließend könnte dann jede einzelne Baueinheit in einem speziellen Wettbewerb ausgeschrieben werden. Jeder Gebäudekomplex

würde dann von anderen Architekten entworfen. Das Ergebnis wäre ein wahres Eldorado für Bauplaner, des weiteren ein individuelles Bild eines jeden Gebäudes. Insgesamt gesehen könnte dann die Universität Dortmund wieder wie aus einem Guß erstellt aussehen, wenn die Vielfalt eine Einheit bildet. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang bietet das Hansaviertel in Berlin.

Würde man tatsächlich der zweiten Möglichkeit für die Planung der Universität Dortmund zuneigen, könnte wirklich nur zunächst das Aufbau- und Verfügungszentrum gebaut werden. Und dann würden auch hohe Planungskosten für das Jahr 1967 entfallen, denn die Kosten für die Vorarbeiten müßten zunächst die wettstreitenden Architekten tragen. Wenn die Dortmunder Universitätsplaner diesen Weg beschreiten, würde die Universität — wie verlautet — im Jahre 1967 „nur“ 12 Millionen DM benötigen und gar nicht mehr verkraften. Dazu kommen noch 6 Millionen DM für Bodeneruierungen — wie uns Kultusminister Prof. Dr. Mikat mitteilte.

So wie es den Anschein hat, ist tatsächlich nur etwa diese Summe für den Landesetat 1967 vorgesehen — und das ist gegenüber den etwa 150 Millionen DM für die Bochumer Universität tatsächlich minimal und wirkt wie ein Erinnerungsposten.

Betrachtet man aber die Absichten der Dortmunder Planer unter dem Aspekt der ruhigen und besonnenen Bauweise, so entsteht eine andere Relation. In Bochum „stampft man aus dem Boden“. Die Ruhr-Universität ist sozusagen zur Renommieuniversität des Landes geworden. Daß dabei Fehler unterlaufen, ist gar nicht zu vermeiden. Und wer weiß, ob das, was man heute in Bochum baut, 1980 noch architektonisch opportun ist?

In Dortmund scheint man dem Grundsatz „Eile mit Weile“ zu huldigen. Man will nichts überstürzen, man folgt eben einem anderen architektonischen Leitbild. Man will in der Planung flexibel bleiben, um sich den neuesten Entwicklungen anpassen zu können, und man will individueller bauen. Dann benötigt man eben weniger Geld — am Anfang. 1968 wird es schon anders aussehen.

Die Stadtväter Dortmunds jedoch wollen „ihre“ Universität nicht im Schatten Bochums sehen. Das ist nur zu verständlich, wenn man bedenkt, daß Dortmund schon seit 50 Jahren um eine Universität kämpft. Das ist auch nur zu verständlich, wenn man die Situation vor

dem Hintergrund des unerfreulichen Streites um den Standort einer Universität im Ruhrgebiet zwischen Bochum und Dortmund sieht. Doch sollten die Dortmunder Stadtväter nicht nur die Schnelligkeit des Aufbaus im Auge haben, sondern auch überlegen, wer schließlich die architektonisch bessere Hochschule bekommt.

Außerdem sollte man sich bald überall dazu durchringen, Universitätsneugründungen nicht als Lokalangelegenheit anzusehen, sondern zu bedenken, daß eine neue Hochschule wichtig für die gesamte Bevölkerung der näheren und weiteren Umgebung ist.

Vor dem Hintergrund der Wichtigkeit und Bedeutung einer weiteren Universität im Ruhrgebiet, die eventuell anders (vielleicht besser) als die in Bochum gebaut werden soll, erscheint die Kompromißformel über die Beteiligung der sozialdemokratischen Stadtvertreter an der Grundsteinlegung, die aus Kreisen der SPD-Landtagsfraktion verlautet, nur von der Wahlkampfsituation her verständlich: „Die Teilnahme der Dortmunder Vertreter könnte möglich sein, wenn die Feierlichkeit als Grundsteinlegung für das Aufbau- und Verfügungszentrum und nicht als Grundsteinlegung für die eigentliche Universität gewertet wird.“ Weiß man, daß der Grundstein, der in Bochum zuerst gelegt wurde, zunächst nur für ein Studentenheim gedacht war, heute jedoch als Universitätsgrundstein angesehen wird, erscheint die Streitigkeit geradezu als „akademisch“. Aber man hat sich ja tatsächlich auf diese deklamatorische „Kompromißformel“ geeinigt.

Dann erscheint auch die Aussage des Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, Möller, „Ich lege meine Hand dafür ins Feuer, daß Dortmund für Bauarbeiten mehr als 12 Millionen bekommt“ als wahlkämpferische Unwissenheit.

Jedoch scheint diese Unwissenheit allgemein zu sein. Diese Ignoranz ist aber das Ergebnis der Geheimniskrämerei in der gesamten Hochschulpolitik Nordrhein-Westfalens.

Eine Bitte also zur Grundsteinlegung in Dortmund: Deckt die Karten auf — nicht nur die Dortmunder, auch die Düsseldorfer und ostwestfälischen. Und ein Trost für die Dortmunder: Im Bochumer Staatshochbauamt für die Universität plant man nicht mehr — wie es offiziell bisher getan wurde —, daß die Bauten schon 1972 fertiggestellt sind. Man rechnet jetzt schon bis zum Jahre 1975.



Zum Verhältnis von Gesellschaft und Wissenschaft

Von Hans-Martin Saß

Auch an der Universität Dortmund werden studentische Korporationen gegründet werden. Daher stellt „der ruhr-student“ — obwohl kritisch gegenüber den Verbindungen — die folgenden Thesen von Dr. Saß, besonders die des letzten Teils, zur Diskussion. Denn: die Korporationen dürfen nicht übergangen, sie müssen diskutiert werden.

Die Diskussion um die innere und äußere Gestalt der deutschen Hochschule macht deutlich, daß Wissenschaft heute kein Luxus mehr ist, wie sie es vielleicht in früheren Jahrhunderten war. Die Wissenschaft ist vielmehr Basis und Grundlage unseres gesamten Zusammenlebens. Schlaglichtartig wird die

Situation charakterisiert durch das von Helmut Schelsky geprägte Wort von der „wissenschaftlichen Zivilisation“. Technisch konstruierbar und konstruiert sind nicht nur die natürliche Umwelt des Menschen und ihre Bestandteile; technisch konstruierbar werden in der Human- und Sozialtechnik der Mensch selbst und die Formen seines Zusammenlebens. Es gibt heute keinen Sektor der Welt und des menschlichen Lebens, nach dem Wissenschaft und Technik nicht mit der ihnen eigenen von wissenschaftsimmanenten Sachzwängen diktierten Methode greifen.

Wo Wissenschaft und Technik Grundlage des Zusammenlebens sind, würde ihre Minderung oder ihr Fortfall einen Zusammenbruch des durch sie bedingten Systems bedeuten. Die Frage nach dem unbehinderten Fortschritt

von Wissenschaft aus ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten heraus hängt zusammen mit der Frage nach Bestand und Fortschritt der modernen Gesellschaft in allen ihren Teilen.

Analyse

Die Bedeutung, die die Wissenschaft für die moderne Welt hat, zeigt sich in einem ganz anderen Verhältnis der Zuordnung von Wissenschaft und Gesellschaft als in früheren Jahrhunderten. Damals hatte jeder Landesfürst seine Landesuniversität, die ihm die Juristen, Ärzte und Pfarrer lieferte, die sein Ländchen brauchte. Heute macht sich die moderne Wissenschaft grundsätzlich alle Gebiete des Lebens und der Welt in hochspezialisierten Methoden zum Forschungsgegenstand. Das bedeutet, daß die Wissenschaft einen Grad von Differenzierung erfährt, der es nicht zuläßt, daß die Wissenschaft als Einheit von Wissen und Methoden im Sinne einer Totaluniversität sich überhaupt noch sinnvoll vertreten läßt. Wissenschaft als Gesamtheit von Forschungs- und Lehrplanung läßt sich jetzt nicht mehr sinnvoll im nationalen, sondern teilweise schon heute und in Zukunft immer mehr nur noch im weltweiten Maßstab realisieren. An die Stelle der an vielen Orten sich identisch wiederholenden Landesuniversität tritt die hochdifferenzierte und Staats- und Ländergrenzen übergreifende kooperative Wissenschaftspraxis einer Gesellschaft, die ohne dieses Netz wissenschaftlicher Theorie und Praxis, in das sie sich eingesponnen hat, nicht lebensfähig ist.

Das klassische Ideal eines Kosmos der Wissenschaften, repräsentiert in einer Hochschule, ist illusorisch geworden. In diesem Zusammenhang wäre z. B. Kritik daran zu üben, daß, nachdem in unmittelbarer Nähe der Bochumer Universität in Dortmund eine Technische Universität errichtet wird, trotzdem noch nicht das Modell einer Technischen Fakultät in Bochum aufgegeben ist. Diese Kritik bezieht ihre Argumente in gleicher Weise von der Ökonomie des Staatshaushalts wie von der Ökonomie des Forschens und des Lehrens.

Verklammerung von Gesellschaft und Wissenschaft

Ein Novum in der Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft ist ferner die Tatsache, daß heute endgültig Wissenschaft sich nicht im gesellschaftsfernen Raum, im elfenbeinernen Turm, im Campus vor den Toren der Stadt, nur sich und ihren Glasperlenspielen verantwortlich

Fortsetzung Seite 14 ➤



Fortsetzung

vollziehen darf. Die Wissenschaft ist so sehr Grundlage der Gesellschaft, daß sie nicht nur für sich, sondern auch für die Gesellschaft da sein muß. Daher muß ein ständiger Austausch zwischen der Theorie der Hochschule und der Praxis der Arbeitswelt stattfinden, der zum Ziel hat, daß sich Theorie und Praxis, Wissenschaft und Arbeitswelt immer mehr durchdringen, sich immer enger in- und aneinander verklammern.

Eine der Folgen dieser Verklammerung ist die, daß immer mehr Stellen in der Arbeitswelt von akademisch ausgebildeten Kräften besetzt werden. Eine andere Konsequenz wird sein, daß das alte Modell, in dem eine Hochschulausbildung in der Jugendzeit für ein drei bis vier Jahrzehnte dauerndes Berufsleben qualifizieren konnte, heute nicht mehr den Erfordernissen einer wissenschaftlichen Zivilisation entsprechen kann. Die Kurzzeitausbildung in der Jugendzeit wird abgelöst von einem System, in dem sich Ausbildung und Anwendung, Theorie und Praxis immer mehr miteinander verbinden. Die großen Grundsatzfragen der Berufsfortbildung, des zweiten und des dritten Bildungsweges bedürfen einer unvoreingenommenen, pragmatischen und sich vor den Anforderungen der Zukunft verantwortenden Antwort.

Freiheit der Wissenschaft von der Gesellschaft

Die aufgestellte Forderung, daß die moderne Wissenschaft sich nicht weltfremd in einen grünen Campus zurückziehen darf, wird nur der einen Seite des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft gerecht. Die andere Forderung ist die, daß die Gesellschaft die Wissenschaft nicht total absorbieren darf. Wissenschaft ist nur ihren eigenen Sachgesetzmäßigkeiten unterworfen, wenn auch ihre Methoden und Intentionen allein keine sinnvolle Grundlage für das menschliche Zusammenleben abgeben können.

Wo die Theorie jedoch nur noch um der Praxis willen da ist, wird sie selbst ein Stück dieser Praxis. Wo die Forschung nur noch dem Auftrag der Gesellschaft verantwortlich zu sein hat, nicht ihrer eigenen forschungsinternen Verantwortung und deren möglicherweise auf den ersten Blick nutzlosen Zielen, da ist die Wissenschaft nicht mehr frei. Dann steht sie nicht mehr der Gesellschaft gegenüber, da sie zu einem integrierten Teil der Gesellschaft selbst geworden ist. Die Wissenschaft ist zum Motor für den Fortschritt der

Technik geworden, weil sie in sich eine solche Kraft entwickelte, daß ihre durch die Gesellschaft verwerteten Erfahrungen zum Teil lediglich Abfallprodukte ihres eigenen Forschens waren. Sie verliert aber, wenn sie in das Prokrustesbett der Auftragsforschung gezwängt wird, nicht nur ihre Freiheit, sondern auch ihren Elan. Sie verliert ihre ihr eigentümliche Gesetzmäßigkeit, die ihr allererst erlaubt, so fruchtbar die Basis der wissenschaftlichen Zivilisation zu bilden. Die Wissenschaft bedarf eines von Politik und Gesellschaft freien Raumes ihrer eigenen Zuständigkeit. Wissenschaftsplanung darf letztlich nicht den Händen der Wissenschaftler entrungen werden.

Die Idee des geistigen Campus, der von Gesellschaft und Politik freigesetzt, den eigenen Gesetzen der Gelehrtenrepublik lebt, ist das ewige Symbol freier und fruchtbarer Wissenschaft. Diese Idee ist auch die beste Garantie für eine vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt und Erfolgsstreben der Gesellschaft her gesehen effektivste Ausnutzung der Wissenschaft.

Die Forderung nach der Freiheit der Wissenschaft gegenüber Ansprüchen aus dem Raum der Politik und Gesellschaft wird in dem Maße aktueller, in dem die Verklammerung der Wissenschaft mit der Politik und der Gesellschaft stärker wird und sowohl für die Politik als auch für die Gesellschaft diese Verklammerung immer nützlicher, ertragreicher und unentbehrlicher wird.

Wissenschaft und Ethik

Ein weiteres Problem im Horizont zwischen Gesellschaft und Wissenschaft ist dadurch gegeben, daß die Grundsätze der Wissenschaft nicht die der Ethik sein können. In der Wissenschaft haben ethische Überlegungen keinen Stellenwert innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion um Methoden und Ziele. Technik geht — wie Helmut Schelsky schreibt — auf Zerlegung der natürlichen Umwelt und Innenwelt des Menschen und auf künstliche Zusammensetzung der so zerlegten Teile nach dem Prinzip des größten Nutzens für den angestrebten Zweck. Schelsky faßt darunter nicht nur die naturwissenschaftliche Technik, sondern auch die Technik, die unter eben denselben Grundsätzen die Formen des menschlichen Zusammenlebens und die Inhalte und Intentionen des einzelnen Menschen zu analysieren und dann künstlich aufzubauen und zu manipulieren sucht. Der Hinweis auf sozialistische Gesellschaftsexperimente und auf wirtschaftliche und politische Werbemethoden mag andeuten, was gemeint ist.

Die Wissenschaft ist in der Lage, über fast alles in technischer Machbarkeit zu bestimmten Zwecken zu verfügen. Wenn das Gewissen des Wissenschaftlers sie nicht hat, die Wissenschaft kennt keine Kriterien irgendwas technisch Möglichen trotzdem nicht zu tun. Das Problem, das mit fortschreitender Technisierung unseres Lebens zunimmt, ist das der Ethisierung des Sachverständes.

Folgerungen

Wissenschaft und Gesellschaft werden sich in Zukunft immer mehr durchdringen. In dem Maße, in dem Wissenschaft Grundlage der wissenschaftlichen Zivilisation wird, stellen sich die Fragen nach der Freiheit der Wissenschaft von Politik und Gesellschaft und die der Verantwortung des Wissenschaftlers vor Körper, Geist und Seele seiner Mitmenschen mit besonderer Eindringlichkeit.

Daher bedarf die moderne Hochschule, die die Einheit der Wissenschaft im totalen quantitativen Sinne nicht mehr leisten kann, um ihrer eigenen Selbstverständigung willen des Gesprächs und des Austausches von Erfahrungen und Inhalten wissenschaftlicher Bemühung zwischen den spezialisierten Fachwissenschaftlern. Sie bedarf dieses Austausches aber nicht nur auf der Ebene der hochspezialisierten Fachforschung, sondern auf allen Ebenen wissenschaftlicher Kenntnis und wissenschaftlichen Lernens. Nur so kann Selbstverständnis von Wissenschaft und wissenschaftliches Ethos, das mehr umfaßt als Fachmethodik und Fachwissen, aktualisiert und tradiert werden.

Das Bildungsideal Wilhelm von Humboldts läßt sich nicht in einer Forderung nach enzyklopädischem Wissen erfüllen, das weder in der Forschungspraxis sinnvoll noch in der Lebenspraxis notwendig sein kann. Es läßt sich auch nicht in einem durch studiumsgenerale-Vorlesungen geförderten Halbwissen als vermeintliche Gebildetheit erstreben. Dieses Ideal läßt sich allein in der persönlichen Begegnung und im Gespräch von Spezialisten verschiedenen Erfahrungsgrades und verschiedener Fachgebiete verwirklichen.

Unser technisch und perfektionistisch denkendes Zeitalter kann es nur schwer verstehen, daß Bildung sich nicht mit quantifizierbarem Wissen deckt und nicht als solche in dem Sinne angestrebt werden kann, wie man über Kompendienwissen verfügt. Unser Zeitalter muß verstehen lernen, daß Bildung sich letztlich in einem nur in den Voraussetzungen planbaren Raum menschlicher Begegnung ereignen kann und bewähren muß.



Bildung im Humboldtschen Sinne besteht eben heute weniger denn je in der Speicherleistung eines Supergedächtnisses. Sie besteht heute vielmehr in dem wachen Bewußtsein von der letzten Unangeschlossenheit und Vorläufigkeit wissenschaftlicher Kenntnis und gleichzeitig in der Kraft, sich Einflüssen der Technik auf Eingrenzung des Humanum mit der Stärke entgegenzustellen, die notwendig ist, um die menschliche Freiheit und Verantwortlichkeit vor ungerechtfertigter Einengung und Manipulation zu bewahren.

Die fächerübergreifenden Forschungsinstitute, wie sie allenthalben geplant werden, sind daher ein Erfordernis moderner Forschung. Hervorzuheben ist aber, daß der Wissensaustausch eines Verantwortungsaustausches auf allen Ebenen des Lernens und nicht nur der Forschung bedarf.

Abbau der Distanz zur Praxis notwendig

Die starke Verklammerung von Wissenschaft und Gesellschaft hat, obwohl schon heute Realität, bisher aber — und das ist ein Anachronismus wie so vieles in unserem Gesellschafts- und Hochschulsystem — den sachlich notwendigen Ausdruck dieser Tatsache weder im Raum der Hochschule noch in dem der Gesellschaft gefunden. Zudem vollziehen sich, abgesehen vielleicht von der Medizin, die Ausbildungsgänge im Raume der Hochschule in einer bemerkenswerten Distanz zur Praxis, für die sie doch erziehen sollen. Das gilt für die Philologen ebenso wie für die Juristen, Volkswirte und Betriebswirte und für andere Berufssparten.

Erst recht fehlt aber während der Zeit des Studiums und auch später der Einblick in die wichtigen Arbeitswelten, die von Angehörigen anderer Wissenschaften gestaltet werden. Zur verantwortlichen Wahrnehmung der eigenen Arbeit gehört aber auch eine orientierende Kenntnis der Vollzüge und Verantwortlichkeiten in anderen Bereichen unserer arbeitsteiligen Gesellschaft. Das gilt für alle Berufsgruppen in gleicher Weise, auf Beispiele kann daher verzichtet werden. Ein Erfahrungs- und Verantwortungsaustausch zwischen Studenten und im Berufsleben stehenden Akademikern der gleichen oder einer anderen Fachrichtung und zwischen Akademikern verschiedener Berufe ist die notwendige Ergänzung zur fachspeziellen theoretischen und praktischen Ausbildung, die unsere arbeitsteilige verwissenschaftlichte Welt braucht. Eine orientierende Kenntnis unserer differenzierten Arbeitswelt ist ebenso bedeutsam für das Bildungsstreben des Studenten wie für

berufspraktische Entscheidungen des Akademikers.

Der Staatsbürger in der Hochschule

In diesem Zusammenhang zeigt sich eine weitere Problematik. Die im Raume der Hochschule Lernenden sind auf der einen Seite Mitglieder der Gesellschaft, sie sind aber auch in besonderer Weise aus ihr ausgegrenzt. Es geht darum, daß der Mensch in einem Stadium seines Lebens, das praxisfern ist, nicht den Bezug zur Praxis seiner staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Pflichten verliert — ja, daß er in dieser Zeit Gelegenheit und Muße findet, neben seinem fachlichen Sachwissen seine staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Erfahrungen und Verantwortlichkeiten zu vertiefen. Hier ist auf das Modell der studentischen Selbsterziehungsgemeinschaften mit dem Konvent als der demokratischen Mitte hinzuweisen, die auf Offenheit, Integrität des einzelnen und der Gruppe und eine durch Vertrauen gegründete Freundschaft abzielt. In dem Leben unter selbstgegebenen Regeln läßt sich eine vertiefte Erfahrung von Verantwortlichkeit vor sich selbst, vor Gruppen und vor Werten machen, die die notwendige Ergänzung fachlicher Ausbildung sein muß. Ein so gewecktes Verantwortungsbewußtsein im mitmenschlichen Verhalten könnte ein gutes Rüstzeug für eine von Weltbildung und Weltverantwortung getragene Teilnahme an der modernen Arbeitswelt und die beste Garantie für die Behauptung des Menschlichen und die Emanzipation der Freiheit in einer technischen Umgebung sein. Nicht durch wissenschaftlichen Fortschritt oder durch der Sache nach theoretisch bleibende Vorlesungen über ethisches Verhalten, sondern allein durch ethische Praxis in der Gemeinschaft kann die Frage nach der Ethisierung des Sachverstands und der Verantwortung der Wissenschaft für die Gesellschaft beantwortet werden.

Es geht darum, daß in einer Zeit, in der in zunehmendem Maße technische Methoden und Sachzwänge den Grad der Unpersönlichkeit des Lebens und der Einengung der freiheitlichen Verantwortlichkeit einschränken, die Übertragung und Weitergabe von Ethos, das sich mit dem Sachverstand zu einer verantwortlichen Weltbildung (Heimendahl) zusammenschließt, gesichert werden kann. Je mehr der Grad auch der Unpersönlichkeit an alten und neuen Hochschulen, zu denen in nicht allzulanger Zeit die Fernstudienhochschulen zu zählen sein werden, durch schematische Studienanforderungen sich steigert, um so mehr werden die Universitätsplaner der Zukunft vor neue Aufgaben gestellt. Sie

müssen Keimzellen wissenschaftlicher und menschlicher Bildung ermöglichen, in denen in personaler Begegnung das geleistet werden soll, was das System der Wissenschaft, das selbst zu einem technisch-wissenschaftlichen geworden ist, nicht leisten kann.

Die Frage nach der Ethik in einer durch Technik und technische Kriterien bestimmten Welt kann nicht durch eine ideologische Reaktivierung vergangener ethischer Systeme und ihres weltanschaulichen Hintergrundes beantwortet werden, auch nicht durch ein wissenschaftlich lehrbares humanistisches Theoriensystem. Diese Frage kann allein durch eine im personalen und mitmenschlichen Raum stattfindende Dauerreflektion (Schelsky) und Dauerrealisation von Werten eine Lösung finden: beides zugleich, als zugleich der Aufklärung als auch den Werten verpflichtet.

Diese Aufgabe läßt sich jedoch nicht am grünen Tisch von Bildungsstrategen lösen, sie bedarf der pragmatischen und verantwortlichen sozialen Praxis. Ein recht verstandenes Campusbewußtsein der Wissenschaftler kann als ethisches Ideal die maßlosen Forderungen zur Machbarkeit von Menschen und Sachen aus dem Raum der Gesellschaft und Politik als solche entlarven und die Leistung verweigern oder sabotieren.

Fragen an die studentischen Korporationen

Dieses menschliche Verantwortungspotential kann auch in den akademischen Freundeskreis hineingebracht und dort kultiviert und aktualisiert werden. Es wird seine Wirkung über diesen Kreis hinaus als ethische Sachleistung im Raume der Gesellschaft nicht verfehlen.

Wenn im folgenden Vorschläge und Fragen an die studentischen Korporationen gerichtet werden, so aus zweierlei Gründen:

Erstens aus der Einsicht heraus, daß Wissenschaft qua Technik weder den Verantwortungshorizont des einzelnen noch den von gesellschaftlichen Gruppen bilden kann und daß personale Verantwortung im privaten Bereich und im gesellschaftlichen Raum zwar von der Wissenschaft her sich Mittel und Methoden, nicht aber Ziele und Werte entlehnen kann. Durch Wissenschaftsgläubigkeit läßt sich die Verantwortungsproblematik nicht hinwegheucheln; wissenschaftlicher Fortschritt und Verwissenschaftlichung der Gesellschaft bedeuten vielmehr eine Potenzierung der Verantwortlichkeiten.



Fortsetzung

Zweitens, weil die Korporationen die personalen und organisatorischen Formalstrukturen aufweisen, die sowohl in dem interdisziplinären Gespräch in Forschung und Orientierung bei den Studenten als auch in dem Gespräch zwischen Altakademikern, Professoren und Studenten, das in dem Worte „Berufsbildung“ nur einen Teil seiner Effizienzen ausdrückt, nutzbar gemacht werden können. Zudem verfügen die Korporationen — jedenfalls die besseren — über ein eingespieltes System von demokratischen Selbstregulatoren zur Erziehung ihrer Mitglieder. Dieses System läßt — in einem konservativen Sinne gehandhabt — kein ersatzloses Über-Bord-Werfen von anthropologischen und ethischen Vorstellungen und darauf gegründeten Praktiken, sondern nur langsame Evolutionen im Sinne einer Emanzipation der Freiheit in einem technischen System (Habermas) zu.

Gerade die neuen Hochschulen geben jungen, von der Last einer oft erdrückenden Tradition freieren studentischen Lebensbünden in Zusammenarbeit mit den Hochschullehrern und unter deren Anleitung die Chance, die angelegten Leerstellen im Raume von Wissenschaft und Gesellschaft optimal auszufüllen. Das Modell der traditionellen akademischen Lebensbünde, die sich funktional unter verantwortlicher Mitarbeit der Hochschullehrer in ein neues Gesellschafts- und Hochschulbild einordnen, ist gewiß nur eines der möglichen. Doch lassen sich mit diesem Modell, wenn es von den Planern pragmatisch und ohne den Hintergrund von tradierten Hochschul- und Gesellschaftsideologien zwischen Wissenschaft und Gesellschaft einbauen läßt, wesentliche Probleme der wissenschaftlichen Zivilisation verringern oder zum Teil beseitigen — Probleme, deren Gewicht sich durch die von der Sache her ergebende weitere Ausweitung des zweiten und dritten Bildungsweges und den Fortschritt der Technik verstärken wird.

Es seien hier in aller Vorläufigkeit einige Vorschläge gemacht, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Diese Vorschläge intendieren aber, daß ihre Praktikabilität erst dann wissenschaftlich verantwortlich bestritten werden möge, wenn sie zuvor empirisch erprobt und nach den ersten Erfahrungen modifiziert im größeren Felde eingesetzt worden sind. Zur Bildungsforschung gehört die empirische Untersuchung solcher Studien- und Freundeskreismodelle, wie sie gerade im Raume zwischen Gesellschaft und Hochschule ihren Platz haben.

Korporationspraktika

Die Lebensbünde sollten unter Hilfestellung der Hochschule „Korporationspraktika“ verbindlich machen, in denen die Studenten während der vorlesungsfreien Zeit in einem festzulegenden Zeitraum bei einem oder mehreren im Berufsleben stehenden Akademikern hospitieren und diese in ihrer Tagesarbeit begleiten. Eines dieser Praktika sollte die orientierende Kenntnis verschiedener Arbeitswelten vermitteln, ein anderes mit einer Praxis des eigenen Studienfaches bekannt machen. Um einer offenen Aussprache und eines tieferen Eindringens in die Verantwortlichkeiten der Praxis willen wäre es wünschenswert, das Praktikum bei einem Mitglied des eigenen Bundes abzuleisten.

Korporationen, die neben dem Prinzip des akademischen Lebensbundes sich noch spezielleren Werten verpflichtet fühlen, sollten spezielle Bildungs- und Studienformen suchen und anbieten. So müßte zum Beispiel die Burschenschaft als ein politisch sich verstehender Lebensbund „burschenschaftliche Praktika“ der Studenten bei politischen Verbänden vermitteln.

Die in gewissen Abständen stattfindenden Zusammenkünfte der Korporationen an ihren Hochschulen könnten im Sinne der Berufsbildung und des Erfahrungsaustausches zwischen Theorie und Praxis ausgebaut werden, in den die Studenten eingeschaltet werden könnten, der aber verantwortlich nur von den Hochschulen selbst gestaltet werden kann. Auch hier geht es um beides: Erstens die theoretische Weiterbildung in der eigenen Disziplin und in von der Berufspraxis her sich ergebenden anderen Disziplinen und zweitens den orientierenden Wissens- und Verantwortungsaustausch mit anderen Wissenschaften.

Die Korporationszeitschriften müßten ebenfalls in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden und mit den Spitzenorganisationen der Korporationen Gespräche über ihr eigenes Selbstverständnis angebahnt werden.

Der Konvent als demokratische Mitte

Ausgangsbasis aller Aktivitäten auf Seiten der Lebensbünde müßte der Konvent als demokratische Mitte der auf gegenseitige Aufrichtigkeit, Fairneß und Verantwortungsbewußtsein und Freundschaft hin angelegten Gemeinschaft sein, deren Entscheidungen, vor illegitimer Einflußnahme geschützt, zugleich eine gute Konkurrenzsituation zwischen den

einzelnen Korporationen nach dem Leistungsprinzip garantieren würde. Das Wissens- und Verantwortungspotential der Hochschullehrer und der Alten Herren darf nicht mehr als ein Angebot an die studentischen Gemeinschaften sein. Diejenigen Gruppen, die von diesem Angebot den sinnvollsten Gebrauch machen, werden die besten Leistungen erbringen und damit auch in der Mitgliederwerbung am attraktivsten erscheinen.

Die akademischen Lebensbünde schließlich können durch die persönlichen Begegnungen im Freundeskreis von Akademikern und Studenten die Schwierigkeiten mildern helfen, die durch das völlige Fehlen einer sich an den Erfordernissen der Gesellschaft orientierenden und wissenschaftlich gesicherten Wissenschaftsdidaktik ergeben. Das heißt nicht, daß eine Aktivierung der Verantwortlichkeiten in den Korporationen die Aufgaben einer empirischen Wissenschaftsdidaktik als einer die Bildungsökonomie ergänzenden Wissenschaft wird überflüssig machen können. Es kann aber sein, daß die Formalstrukturen der Korporationen, wenn sie funktional in die Hochschule und in die Gesellschaft integriert werden, Formen schaffen, die eine Didaktik von Wissen und eine Didaktik von Verantwortung entwickeln können, die am effektivsten dem Sachwissen das sittliche Wollen an die Seite stellen zu einer in einem technischen System das Humanum im althergebrachten Sinne bewahrenden Weltbildung.

Die provinzielle Enge mancher Korporationszeitschrift und die geistlose Ode mancher Verbindungsstammisches und mancher Kneipe haben ihren Grund weniger in der Unfähigkeit der Beteiligten zu einem von einem humanistischen Ethos getragenen Gedankenaustausch als vielmehr in dem fehlenden oder falschen Selbstverständnis der akademischen Lebensbünde in unserer Zeit.

Literatur:

- Jürgen Habermas: Theorie und Praxis, 1963 (S. 231—257).
- Eckart Heimendahl: Fortschritt ohne Vernunft, 1964.
- Helmut Klages: Freiheit und soziale Verantwortung der Wissenschaft (Soziale Welt, 16, S. 113—132).
- Helmut Schelsky: Einsamkeit und Freiheit, 1963.

Unser Herstellungs- und Lieferprogramm:

Press-, Stanz-, Ziehteile / Zusammenbauteile für die Automobil- und Elektro-Industrie / Verarbeitung von Profil- und Zierleisten aus Messing und Chromstahl / schwierige Rohrverformungen und komplizierte Biegeteile / fertig bearbeitete Gesenkschmiedestücke / selbstschmierende Lagerbüchsen aus Sintereisen und Sinterbronze / Ventilsitzringe aus hoch verschleißfestem Sinterstahl /

eigene moderne Oberflächenveredelungsanlagen für Lack, Zink, Chrom und Eloxyal / eigener Werkzeugbau / Überwachung der lfd. Fertigung durch eigene Chemie- und Materialprüflaboratorien



LUNKE & SOHN

Preß-, Stanz- und Bearbeitungswerk
Witten-Ruhr, Bruchstraße 54
Telefon: Sammel-Nr. 35 51 / Fernschreiber: 08 229 171

der ruhr-student

Bochumer, Dortmunder und Essener Studentenzeitung
Herausgegeben im Auftrage der Studentenschaft des
Landes Nordrhein-Westfalen vom ruhr-verlag

Verantwortlich:

Technische Leitung: Peter Schultz

Redaktionelle Leitung: Hendrik Bussiek

Titelblatt und Layout: Friedrich W. Husemann

Illustrationen: Archiv (8), Manfred Hannok (1), Walter Moog (1),
Staatshochbauamt für die Universität Dortmund (11).

Anschrift der Geschäftsführung und Redaktion:

463 Bochum, Buscheystraße (Ruhr-Universität)

Telefon 3 60 57

Konten:

Westfalenbank AG Bochum, Nr. 58 759

Städtische Sparkasse Bochum, Nr. 2/9676

Druck und Vertrieb:

Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12—16

Schutzgebühr DM 1,—

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Das Papier für dieses Sonderheft stellte uns freundlicherweise die Feldmühle AG, Düsseldorf, zur Verfügung.



DAS ZEICHEN FÜR SCHUTZ UND SICHERHEIT

ALLIANZ VERSICHERUNGEN

GENERAL  ELECTRIC

GESCHIRRSPÜLAUTOMATEN

GENERAL  ELECTRIC

WASCHVOLLAUTOMATEN

GENERAL  ELECTRIC

TIEFKÜHLTRUHEN

GENERAL  ELECTRIC

GEFRIERSCHRÄNKE

GENERAL  ELECTRIC

KÜHLSCHRÄNKE

GENERAL  ELECTRIC

KOMPAKTKLIMAGERÄTE

GENERAL  ELECTRIC

RAUMKLIMAGERÄTE



DER WELT GRÖSSTER HERSTELLER VON ELEKTROGERÄTEN

GENERALVERTRETUNG

PAUL LÜBBERT K.G.

Elektro-, Rundfunk- u. Bel.-Körper-
Großhandlung

moderne große Ausstellungsräume
eigene Parkplätze am Hause

Dortmund

Elisabethstraße 8—10

Telefon 52 77 25

Fernschreiber Nr. 08 22 512

Gelsenkirchen

Junkerweg 10

Telefon 6 29 81